



Stettsäbiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Infektionsgebühr für den Raum einer
sanktlichen Zelle in Petrischafft 2 Sgr.

Nr. 603. Mittag-Ausgabt.

Dreihundertfünziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 24. December 1872.

Auf Ihren Antrag in dem Berichte vom 20. d. M. will Ich Sie von dem Präsidium Meines Staats-Ministeriums hierdurch entbinden. Sie behalten den Vortrag bei Mir in den Angelegenheiten des Reichs und der auswärtigen Politik und sind, im Fall Ihrer Behinderung an der persönlichen Teilnahme an einer Sitzung des Staats-Ministeriums, befugt, Ihr Votum in den, die Interessen des Reichs betreffenden Angelegenheiten, unter Ihrer Verantwortlichkeit, durch den Präsidenten des Reichskanzleramts, Staats-Minister Delbrück, abgeben zu lassen. Der Vorsitz im Staats-Ministerium geht an den ältesten Staats-Minister über. Das Staats-Ministerium habe Ich hieron in Kenntnis gesetzt.

Berlin, den 21. December 1872.

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

An den Präsidenten des Staats-Ministeriums
Fürst v. Bismarck.

bei dem Rittergutsbesitzer Weidenfeld auf Birkhof im Kreise Neuk nicht gestatten zu können erklärt hat, wollen Sie mir bidden 3 Tagen, von heute an gerechnet anzeigen, ob Sie im Gebiete des deutschen Reiches zu bleiben gedachten. In letzterem Falle, so wie auch, wenn Sie diese Anzeige in der gedachten Frist nicht machen, wird die Königl. Regierung hier selbst, wie ich Ihnen im Auftrage derselben eröffne, wegen eines Ihnen anzuweisen bestimmten Aufenthaltsortes die ministerielle Entscheidung einholen. Der Königliche Polizei-Präsident. Deben.

In einer schriftlichen Rückantwort an die Polizei hat, wie die „R. B. 3.“ meldet, Pater Rive angegeben, er werde seine Heimath Dorsten, im Regierungsbezirk Münster, zu seinem künftigen Domicil wählen.

Darmstadt, 23. December. [Die Abgeordnetenkammer] hat das Finanzgesetz gemäß der Regierungsvorlage auf die ersten sechs Monate des Jahres 1873 verlängert. — In der Adresse auf die Thronrede erklärt sich die Abgeordnetenkammer, einstimmig bereit, den Großherzog in dem Streben nach Erhaltung und Kräftigung des Reiches zu unterstützen. — Die erste Kammer erklärt in ihrer Erwiderung auf die Thronrede in gewohnter Treue gegen den Großherzog die Pflichten gegen das Land erschöpfen zu wollen.

Karlsruhe, 23. December. [Nach dem heute Vormittag ausgegebenen Bulletin] hat die Großherzogin von Baden in der letzten Nacht ruhigen Schlaf gehabt. Die Fieberlosigkeit in dem Zustand der hohen Patientin dauert fort und fühlt sich dieselbe wesentlich erleichtert.

München, 21. Dec. [Disciplinarstrafordnung.] Berechlichung der bayerischen Offiziere. — Berichtigung. — Gutachten. — Prof. Dr. v. Pettenkofer. — Zur Spieberecht. — Graf Holstein. — Die neue Disciplinarstrafordnung und die Kriegsartikel, welche durch kaiserliche Verordnung im vergangenen Monat für die anderen deutschen Heeressthelle eingefügt wurden, sind nun durch allerhöchste Entschließung auch für die bayerische Armee genehmigt und am 18. d. publicirt worden. Die Kriegsartikel umfassen 55, die Disciplinarstrafordnung 63 Paragraphen und haben beide Gesetze mit dem 1. Januar 1873 in Kraft zu treten. — Am 19. d. ist die königliche Verordnung über die Berechlichung der Militärpersonen und der Civilbeamten nebst den zu derselben erlassenen Vollzugsbestimmungen erschienen, nach welcher die Berechlichung der aktiven und der zur Disposition gestellten Offiziere von der königl. Genehmigung abhängt und denjenigen, welche einen geringeren Gehalt als den eines Hauptmanns erster Klasse bezehren, die Einreichung eines Berechlichungsgesuches nur dann gestattet ist, wenn sie hierbei den Nachweis führen, daß sie bei ihrer Berechtrathung neben ihrer Besoldung ein sicheres, in ihrer Lebensstellung zur Erhaltung einer Familie ausreichendes Privateinkommen besitzen. Dieses Einkommen muß bei Subalternoffizieren 1000 fl., bei Hauptleuten zweiter Klasse 450 fl. jährlich betragen. Vom Hauptmann erster Klasse an ist dieser Nachweis nicht mehr erforderlich. Diese Verordnung tritt eben auch mit 1. Januar nächsten Jahres in Kraft. — Der „Spener'schen Zeitung“ wurde jüngst ein Langes und Breites von französischen Agenten geschrieben, welche sich hier herumtreiben und vorzüglich die Artikel des „Vaterland“ für ihre Stimmungsberichte benützen sollen. Abgesehen davon, daß die ganze Geschichte vom ersten bis zum letzten Wort erfünden, ist dies auch noch ziemlich schwach geschehen. Denn solche Berichte könnte die französische Regierung ja viel leichter und billiger sich in Paris fabrizieren lassen, wenn sie ein Abonnement auf das „Vaterland“ nahme, oder durch die biesige französische Gesellschaft. Woher weiß denn aber weiter der Correspondent so genau, was in diesen Berichten steht, und aus welcher Quelle die Agenten schöpfen? und warum weiß denn sonst noch Niemand um diese Angelegenheit? Onkel Spener ist offenbar auf eine höchst plumpfe Weise angelogen worden. Ebenso unwahr ist die Nachricht des „W. Vaterland“, daß der König in einer den Zürcher Honorationen erhaltenen Audienz sich ziemlich heftig gegen Preußen u. s. w. ausgesprochen, sowie die dieser Tage vom „W. Tageblatt“ gebrachte Notiz, daß Prinz Friedrich Karl von Preußen zum Oberstinhaber eines bayerischen Regiments ernannt werden sollte. Von verschiedenen Seiten wird, wohl nicht mit Unrecht, vermuthet, daß letztere beide im Zeitraum von etwa acht Tagen auf einander folgenden Nachrichten aus einem und derselben Quelle stammen. Man sieht dort vielleicht das Bedürfnis, einem über kurz oder lang in irgend einer Form zu erwarten Dementi durch das Mandat zuvor zu kommen, daß man eine mittlerweile eingetretene Sinnesänderung dessen, über den man gelogen hat, supponirt.

Dem Vermehrten nach sind die Kreisregierungen und Medicinalausküsse vom Ministerium zu Gutachten darüber aufgefordert worden, ob für die Apotheken Concessionsfähigkeit oder Gewerbefreiheit zweckmäßiger sei. Wie es scheint, wird diese Frage im Bundesrat demnächst zur Sprache gelangen. — Professor Dr. v. Pettenkofer, welcher jüngst einen Ruf nach Wien erhalten und geneigt schien diesem Folge zu leisten, wird nun doch noch der hiesigen Hochschule erhalten bleiben; er soll wenigstens in Folge der Bemühungen der Staats- und Stadtbehörden, wie wahrscheinlich auch auf höheren Wunsch, nunmehr entschlossen sein, seinen Wohnsitz in München beizubehalten. — In der Spizeder'schen Angelegenheit dürfte sich die Sachlage für die Gläubiger etwas besser stellen, wenn auch sämtliche Geschenke Adele's, soweit sie bislang bekannt geworden, beigetragen würden; hierauf dürfte aber schwerlich zu rechnen sein. Siebzehn dieser hierdurch reich gewordenen Lumpen sind allerdings bis heut eingezogen, noch einmal so viel laufen aber mindestens noch frei herum. Hoffentlich werden diese auch noch geholt. Die Hinterlassenschaft der kürzlich verstorbenen Mutter Adele's ist vom Gericht mit Beschlag belegt worden; ob ein Testament vorhanden, ist noch nicht bekannt. Bezüglich des in die Spizeder-Affaire verwickelten städtischen Rechtsrats Kummer verlautet, daß er gegen mäßigen Ans und ratenweise Rückerstattung von der Spizeder ein „Darlehn“ in Höhe von 10,000 fl. erhalten. Wohl nicht mit Unrecht wird vermuthet, daß dieses sogenannte „Darlehn“ einen wilsamen Druck auf die amtliche Thätigkeit des als Referent in Gewerbeschäften fungirenden Rechtsrats zu Gunsten der Dachauer Bank-Inhaberin ausüben sollte. Welches auch immer das Endresultat der gegen ihn eingeleiteten Disciplinar-Untersuchung sein wird, soviel steht fest, daß seine Stellung und sein Ruf verloren ist. Der künftig erwähnte Verfasser der „Adele-Klänge“, der L. Hofmusikus Ernesti soll demnächst seiner Stellung enthoben und überhaupt alle königliche und städtische Beamte und Bedienstete, welche mit Adele in geschäftlicher Beziehung standen, gemahngestellt werden. Bei rücksichtsloser Durchführung dieser Absicht würde, beiläufig bemerkt, der

Scandal sehr hoch hinauf reichen, weshalb deren Ausführung vorläufig noch zu bezwecken sein dürfte. Schließlich noch die Bemerkung, daß die in Epos und Lyrik verwendete Adele nun auch dramatisch behandelt wird. In Regensburg ist nämlich vergangene Woche „Adele Sp.“ als Ehehindernis oder die aufgeobene Dachauer Bank und der unterbrochene Kaffeeklatsch aufgeführt worden, doch soll das Stück an dramatischem Inhalt merklich kürzer sein als sein Titel. Vielleicht bearbeitet ein gewandter Bühnendichter diesen ausgiebigen Stoff. — Zu der neulich gemeldeten Verhaftung des Grafen Friedrich Holstein mag heut noch angefügt werden, daß während seine Passioa bekanntlich 3000 fl. betragen, seine Activa in „einer Cerevislappe mit gesticktem Adelswappen, ein paar zerissen Handchuhen, einer leeren Cigarrenliste und einer Schachtel Zün-hölzchen“ bestanden. Bei seinem ersten Verhör erklärte auf die Frage, was er mit den 3000 fl. angefangen, „er habe Schulden bezahlt und anständig gelebt“; auf die weitere Frage, auf welche Weise er denn wohl seine Gläubiger hätte befriedigen wollen, erwiderte er: „daran habe ich überhaupt noch gar nicht gedacht!“ Vor Erklirung seiner „Bank“ verrichtete dieser Graf Louisa-Lustre bei leichtsinnigen Frauenzimmer und lebte mit diesen zusammen sehr oft höchst lärmig vom Ertrage dieses schändlichen Gewerbes seiner Freundinnen.“ Ein sauberes Exemplar!

Schweiz.

Bern, 18. Decbr. [Der Nationalrat] hat in seiner vorigestrichen Sitzung noch die Berathung des Budgets für 1873 beendigt. Eine lange Discussion veranlaßte den Antrag auf Errichtung einer Corporalschule auf Kosten des Bundes, für welche der Nationalrat die Summe von 148,300 Fr. auszuwerfen beschloß. Heute behandelte er die bundebräthliche Volkschaft über Erhöhung der Besoldung der eidgenössischen Beamten und Angestellten, mit welcher Frage die Bundesversammlung den Bundesrat in der letzten Juli-Sessson beauftragt hatte. Die Gründe, welchen diesen Auftrag hervorriefen, liegen hellweg in der Steigerung sämmtlicher zum Leben nothwendigen Gegenstände, namentlich aber der Hauptnahrungsmittel, und in der Ungleichheit einzelner Ansätze für annähernd gleiche Beamungen. „Laut den zu Anfang dieses Jahres gemachten Erhebungen“, heißt es in der Volkschaft, „beifürt sich der Aufschlag der Lebensmittel u. s. w. auf durchschnittlich 40 p.C., und wollte man den in letzter Zeit neu eingetretenen, hoffentlich bloß vorübergehenden, hinzurechnen, so würde derselbe gar 50 p.C. erreichen. Vergleichende Verhältnisse zeigten sich auch außerhalb der Schweiz, so daß verschiedene Staaten sich ve. anlaß fahen, das Gehalt ihrer Beamten und Angestellten zu erhöhen.“ Die vom Bundesrat zu Grunde genommene durchschnittliche Besoldungsvermehrung beträgt 25 p.C. und wird dadurch der Bundeskasse eine Mehrausgabe von 357,800 Fr., eventuell von 402,000 Fr. erwachsen. Die Commission beantragt Erhöhung einer Ausschüsse, welcher die bundebräthlichen Anträge prüfen und in der Juli-Sessson Bericht erstatte soll, und daß in Voraussetzung, daß die Besoldungsansätze des Voranschlages für das Jahr 1873 unverändert bleiben, dem Bundesrathe für dasselbe ein außerordentlicher Credit von 900,000 Fr. zum Zwecke der Besoldungsverhöhung bewilligt werde. Die über diesen Antrag sich entspinndende lange Discussion führte schließlich zur Annahme des Antrages des Dr. A. Dubb, die Behandlung des neuen Besoldungsgesetzes bis zur Juli-Sessson des nächsten Jahres zu vertagen, jedoch mit der Bestimmung, daß die dann zumal feststellenden Besoldungsansätze vom 1. Januar 1873 an in Wirklichkeit treten sollen. Nachdem diese Frage so erledigt war, begann der Nationalrat heute noch die Berathung des neuen Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft. Dasselbe wird kaum vor drei Tagen zu Ende berathen sein.

[Das Eisenbahngesetz.] Das vom Ständerat bereits durchgeführte Gesetz über Bau und Betrieb von Eisenbahnen auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft liegt jetzt dem Nationalrat zur Behandlung vor. Nachdem die Commission die Revision des Eisenbahngesetzes von 1852 als eine unbedingte Nothwendigkeit nachgewiesen, namentlich weil der Gotthardbahn-Vertrag betreffend Betriebs- und Tariffragen einschneidend neue Bestimmungen verlangt, wurde ohne Opposition seine artikelweise Berathung sofort beschlossen. Bei Art. 1., welcher die Erteilung von Eisenbahn-Concessonen, was seither nur Sache der Kantone war, fortan unter Mitwirkung der beihilfigen Kantone in die Hände des Bundes legt, erhoben sich die gleichen Gegengründe wie im Ständerathe. Jedenfalls sei es gegen die Verfassung, wenn den Kantonen Hoheitsrechte auf dem bloßen Wege der Bundesgesetzgebung entzogen würden. Das geltende Staatsrecht in Eisenbahnsachen sei, die Kantone ertheilen die Concessonen und die Bundesversammlung hat das Recht der Bestätigung im allgemeinen Interesse des Landes. Schon wegen ihrer besseren Kenntniß der Localverhältnisse wären die Kantone eine passendere erste Concessions-Instanz, als der Bund, dessen Einfluß als zweite Instanz, betreffend die allgemeinen militärischen und commerciellen Interessen durch das Gesetz von 1852 hinreichend geschützt sei. Diese constitutionellen Bedenken fanden jedoch keinen Anklang und mit 81 gegen nur 12 Stimmen wurde Art. 1, welcher das Fundament des neuen Gesetzes bildet, in der vom Ständerat geschlossenen Redaction — „Für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen auf schweizerischem Gebiete ist in jedem einzelnen Falle eine staatliche Concession erforderlich. Die Erteilung derartiger Concessonen, so wie die Erneuerung von solchen, die bisher von den Kantonen ertheilt worden sind, ist von jetzt an Sache des Bundes, jedoch unter Mitwirkung der beihilfigen Kantone bei den vorberathenden Verhandlungen“ — angenommen. Das Gleiche war auch mit Art. 2, 3, 4 und 5 der Fall, welche weitere die Concessionsgesüche betreffende Bestimmungen enthalten. Augenblicklich liegt Art. 6 in Berathung, für welchen die Commission des Nationalraths den vom Ständerat abweichenden Antrag stellt, daß bei den bereits ertheilten Concessonen bezüglich der in ihnen den Kantonen vorbehaltenen staatshoheitlichen Rechte der Bund an die Stelle der Kantone tritt und in dieser Beziehung die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes maßgebend sind. Die Discussion über diesen Antrag wird heute kaum beendet werden.

Bern, 20. December. [Annahme des neuen Eisenbahngesetzes durch den Nationalrat.] — Zur Revision der Bundesverfassung. — Endlich hat auch der Nationalrat das neue Eisenbahngesetz, welches das schweizerische Eisenbahnwesen unter die Bundes-Autorität stellt, erledigt und mit 79 Stimmen — beim Gegenmeine erhob sich nicht ein einziges Mitglied — angenommen, zwar mit einigen Bestimmungen, welche von den Beschlüssen des Ständeraths

[Ihre Majestät die Kaiserin-in-Königin] wohnte gestern mit Ihrer Hohheit der Prinzessin von Sachsen dem Gottesdienst in der Marienkirche bei. — Ihre Majestät war bei der Kinderbeschreibung der Vorortenstädtischen Stadtbezirke im Amtlichen Saale anwesend. — Heute verabschiedeten Sich vom Königlichen Hof Ihre Hohheiten der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg mit Prinzessin Friederike.

Heute Vormittag zwischen 9 und 10 Uhr besuchten Se. Majestät der Kaiser und König einige Kaufhäuser und machten dort verschiedene Weihnachtseinkäufe. Um 11 Uhr ließen Sich Allerhöchsteselben vom Civilcabinet Vortrag halten, empfingen später den Besuch der herzoglich Altenburgischen Herrschaften und fuhren gegen 2 Uhr spazieren. Das Diner fand um 5 Uhr im Palais statt.

[Ihre Majestät die Kaiserin-in-Königin] wohnte gestern mit Ihrer Hohheit der Prinzessin von Sachsen dem Gottesdienst in der Marienkirche bei. — Ihre Majestät war bei der Kinderbeschreibung der Vorortenstädtischen Stadtbezirke im Amtlichen Saale anwesend. — Heute verabschiedeten Sich vom Königlichen Hof Ihre Hohheiten der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg mit Prinzessin Friederike.

Ihre Majestät ist heute bei der Weihnachtsbeschreibung im Augustashospital zugegen.

(Reichsanzeiger.)

[Übersiedelung nach Paris.] Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Da ähnliche Verhältnisse, wie solche in dem Circular-Erlaß des Ministers des Innern vom 2. April d. J. bezüglich der nach Paris eingewanderten, unbemittelten, gewerbetreibenden Deutschen geschildert worden sind, auch an anderen Orten Frankreichs, namentlich in Havre, obwaltet, so hat der Minister des Innern die Bezirksregierungen und Landdrosteien angewiesen, die getroffenen Anordnungen dahin zu ergänzen, daß die in dem gedachten Erlaß enthaltene Weisung, diejenigen Personen, welche nach Paris übersiedeln wollen, recht eindringlich die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, welche zur Zeit ihrem Fortkommen daselbst entgegenstehen, und sie womöglich von ihrem Vorhaben zurückzubringen, ganz allgemein in allen Fällen, in denen Legitimationspapiere zum Zwecke der Übersiedelung nach Frankreich, namentlich nach Havre, nachgesucht werden, befolgt werden.

Braunschweig, 19. Decbr. [Interpellation.] In der heutigen Sitzung des Landtages richtete der Abg. Koch an den Präsidenten die Anfrage, ob demselben noch keine Mitteilung wegen der an das Staatsministerium gerichteten Interpellation, die Ausdehnung der Reichscompetenz auf die gesamte bürgerliche Gesetzgebung der Staaten des Deutschen Reiches zugegangen sei? — Der Präsident Gaspar verneinte dies, worauf der Staatsminister v. Campe sich dahin aussprach, daß der angeregte Gegenstand augenblicklich einer eingehenden Berathung im Bundesrat unterzogen sei und mit einzelnen Bundesmitgliedern verhandelt werde. Die Berathung sei noch nicht zum Abschluß geangt, sobald die Verhältnisse sich geklärt hätten, werde die Landesregierung die Interpellation sofort beantworten.

Köln, 21. December. [Feststellung.] Dem Jesuitenpater Rive ist neuerdings folgendes Schreiben zugegangen:

Köln, 18. December 1872. An den Priester Herrn Rive, Hochwürden, hier. Nachdem die Königl. Regierung zu Düsseldorf Ihnen den Aufenthalt

abweichen, über welche aber die Übereinstimmung zwischen beiden Räthen jedenfalls noch erzielt werden wird. Die Hauptgrundsätze dieses Gesetzes, dessen Beratung im Nationalrath fast volle vier Sitzungen in Anspruch nahm, sind Ihren Lesern bereits bekannt. Am Schluß der heutigen vierten Sitzung stand der Nationalrath noch Zeit für die Behandlung der von 75 Mitgliedern gestellten Motion: „Der Bundesrat wird eingeladen, der Bundesversammlung Bericht und Anträge vorzulegen zur Wiederaufnahme der Revision der Bundesverfassung.“ Für heute nur, daß dieselbe mit 103 gegen nur eine Stimme, die dem Freiburger Deputirten Jannet, einem Ultramontanen, angehört, Annahme fand. Feer-Herzog von Artau und Philipp von Neuenburg begründeten die Motion; der ehemalige Bundesrat Dr. J. Dubb von Zürich und Delarageaz von Lausanne sprachen gegen dieselbe, enthielten sich aber der Abstimmung gleich den übrigen Antriebstonen, was, wie es scheint, von ihnen verabredet war. Auf die Debatte werde ich in meinem nächsten Briefe zurückkommen.

[Der Ständerath] beschloß heute Beitritt zum Beschuß des Nationalraths, betreffend Abweisung des Recurses des Grafen de La Vallée gegen die vom Bundesrat über die Gesellschaft der Ligue d'Italie verhängte Concessionsentziehung. Endlich beschloß der Ständerath noch in seiner heutigen Sitzung, daß den eidgenössischen Angestellten vom 1. Januar an ihre Besoldung um 25 p.C. erhöht und die hierzu nothwendige Summe dem Bundesrat in der nächsten Sitz-Session als Nachtragscredit gewährt werden soll.

Italien.

Nom, 21. Decbr. [Der König] hat sich auf der Jagd in der Campagna durch zu leichte Kleidung eine Erkältung zugezogen, welche sich zu einem rheumatischen Fieber entwickelt; indeß erregte die Krankheit keinerlei Besorgniß und scheint heute schon gehoben, so daß die Rückreise nach Neapel bald erfolgen wird.

[Der Kriegsminister] legte der Kammer das neue Recruitungsgesetz vor; die Kammer genehmigte das provisorische Budget.

[Die Kriegsschiffe „Beda“ und „Gouvernolo“] werden nicht nach Borneo, sondern zum Zweck einer Instruktionsreise in das Rothe Meer gehen.

[Russische Flotte.] Die Florentiner „Nazionale“ bestätigt, daß die Kaiserin von Russland mit zahlreichem Gefolge in Neapel erwartet wird. Während der Unwesenheit der Kaiserin wird eine russische Flotte in Neapel und zum Theil in Sorrento stationiert.

[Pallavicini gegen die Briganten.] Man schreibt der „Opinione“ von Salerno: „Gestern (15.) hat sich der General Pallavicini mit den Präfecten von Avellino und Salerno über die Maßregeln berathen, welche sie zur Unterdrückung des Brigantenzwecks ergriffen wollen. Der Minister des Innern und der Kriegsminister sind nämlich darüber einig geworden, dem General Pallavicini die Leitung der militärischen Operationen zu übertragen, welche in den Provinzen Avellino, Salerno, Cosenza und Potenza gegen die Briganten ausgeführt werden sollen, ohne die Thätigkeit der Polizei zu beschränken, welche nach wie vor unter dem Befehl der Präfecten und Unterpräfecten bleibt. Wenn nun die militärischen und politischen Autoritäten in diesen aneinander stossenden Provinzen Hand in Hand gegen die Briganten operiren, so hofft man einmal mit ihnen fertig zu werden und die öffentliche Sicherheit endlich herzustellen. Schon der Name des Generals Pallavicini hat einen heilsamen Schrecken erzeugt. Die Briganten und ihre Helfershelfer fürchten den General und die Grundbesitzer und ehrlichen Bauern atmen wieder auf.“

Frankreich.

* Paris, 21. December. [Schreiben des Deputirten Charles Rolland.] Der offiziöse „National“ enthält heute ein längeres Schreiben, welches der Deputirte Charles Rolland, Mitglied der republikanischen Linken, an den „Progres de Saone et Loire“ gerichtet hat und worin derselbe über die Absichten des Herrn Thiers und die Haltung, welche die Republikaner, demselben gegenüber einzunehmen, Auflösung ertheilt. Wir geben die Hauptpunkte desselben:

Beruhigen Sie Sich, die Republik ist nicht in Gefahr! Herr Thiers wird ihr nicht fehlen. Die Republik ist eine politische Nothwendigkeit.... Was man auch ihm mag, die Republik wird aus den Krisen als die Trostlerin für unsere Unglücksfälle hervorgehen. Was Herrn Thiers anbelangt, so heißt es ihn verleumden, wenn man glaubt, daß er monarchische Hinweise annehme; es heißt auch ihn verläugnen, wenn man denkt, daß er die nämlichen Gefühle hat wie wir. Er ist in einem Punkte mit uns einig: wie wir haft er das alte Regime; wie wir ist er der neuen Ordnung der Dinge ergeben, welche aus der Revolution hervorgegangen ist. Nur – und er hat dieses hundert Mal zugestanden – hätte er gewünscht, daß die konstitutionelle Monarchie das neue Regime entwidmet hätte. Er gab ihr den Vorzug. Sein gefunder Menschenverstand hat ihn aber benachrichtigt, daß man darauf Vericht leisten muß, und sein Patriotismus hat ihn bestimmt, das Opfer zu bringen. Er hat es gesagt und er hat es, denn, wie er selbst sagt, hat er niemals den König, noch das Volk betrogen, 1848 war er noch nicht entdeckt, und er führte einen beständigen Krieg gegen uns. Der Staatsstreich, das Kaiserreich haben ihm die Augen grösstet. Als er gehe, was die Monarchie in Frankreich sein werde, erschafft ihn Abhilfe. Schon 1865, als er das Ende des Empire vorausah, sagte er, ich hörte es selbst, daß, wenn die Republik der Erbe derselben sein werde, man alle Anstrengungen machen müsse, um sie in Frankreich heimisch zu machen. Es ist also keine Einslaune oder persönlicher Ehrgeiz, welche Herrn Thiers belehrt haben. Es ist ein langsam gereifter Entschluß. Wenn aber Thiers etwas will, so wissen Gott und die Menschen, mit welcher Geduld, mit welchen unerschöpflichen Mitteln, mit welcher Entschlossenheit er will.... Wohlan, Herr Thiers hat es unterwommen, mit den Monarchisten der Verfassung der Republik zu gründen, und es noch nicht gesagt, daß er nicht damit zu Stande kommen wird. Warum, wird man fragen, nimmt er solche Mitarbeiter? Ich will versuchen, Ihnen dieses Geheimnis zu erklären. Vor Allem glaubt Herr Thiers, der sich kennt, daß es unter allen französischen Staatsmännern keinen gibt, der es mit ihm aufnehmen kann. Iden hat und sie auszuführen weiß. Außerdem misstraut er dem praktischen Sinn und dem gouvernementalen Geist der republikanischen Partei. Er gehtet uns das Uebliche zu: Mut, Ergebenheit, Aufopferung, Patriotismus, Selbstverlängerung; aber er hütet sich vor dem, was er unsere Leidenschaft nennt, dem Principe der Thatsache; der Theorie die Proxys aufzuwerfen. Er fürchtet sich also, die Republik vollständig mit einer sehr entschieden republikanischen Kammer aufzubauen zu müssen, welche ihm die nächsten Wahlen ausführen werden. Damit die Republik in unserem Lande Wurzel fasse, hält er es für nothwendig, daß man den Durchläufen reichliche Concessionen mache, und es fragt sich, ob die nächste Versammlung im Stande ist, dies zu thun. Deshalb verucht er es nochmals, mit der monarchischen Majorität die Grundlage zur Republik zu entwerfen. Er hält es außerdem für gut, daß die adeligen und bürgerlichen Royalisten in ihren Hoffnungen dadurch entmuthigt werden, daß die Herzoge und Marquis, ihre Führer, erklären, daß die Zeit der Monarchie vorüber ist. Aus dem Gefangen muß die Wahrheit der Lage sich für uns fundieren. Durch seine Botschaft hat Herr Thiers die Majorität aufgefordert, mit ihm die konervative Republik zu gründen. Sie verweigert es. Es sucht, sie dazu zu zwingen. Ohne eine ernsthafte Niederlage zu erleiden, gelang ihm dieser Versuch nicht. In der That entzückt ihm die Majorität, die er einen Augenblick erlangt, am nächsten Tage. Das Land trat alsdann ein; es verlangt in Petitionen die Auflösung der Kammer. Eine weniger bewegliche und in ihren Plänen weniger eigenständige Politik als die des Herrn Thiers, würde mit diesem Hammer ihre Gegner niedergeschmettert haben. Er dachte nur daran, dem Gegner die Gefahr zu zeigen, damit er sich auf Gnade oder Ungnade ergebe, er bewarf selbst den Weg der Capitulation mit Blumen. Nur hatte er Unrecht, Herr Dufaure diese zarte Mission anzubutrauen. Herr Dufaure hatte die Aufgabe, die Steine von dem Wege zu entfernen, welchen die Rechte verfolgen sollte, um sich Herr Thiers zu ergeben; er raffte sie auf und warf sie den Republikanern an den Kopf, welche die Verbündeten des vorhergehenden Tages waren und welche auch noch die folgenden Tage sein werden. Herr Thiers, der mit Recht

sagt, daß er nur durch sich selbst gut bedient ist, war genößig, die Frage in den Dreihiger-Commissionen wieder herzustellen und den Royalisten zu verstecken zu geben, daß, wenn sie die Republik nicht mit ihm im Eintritt gründen wollen, die Auflösung ihrer darf. Herr Thiers hat also nichts verleugnet, nichts ausgegeben, zum wenigsten bis jetzt nicht. Er hat die Majorität bereits gezwungen, einen Schritt vorwärts zu thun, der sie dazu gebracht, ihre Hoffnungen auf unbestimme Zeit zu vertagen. Er will in diesem Augenblick einen weiteren, einen entscheidenden Schritt thun. Wenn sie sich ergiebt, so kann die Existenz der jetzigen National-Versammlung um einige Monate verlängert werden. Wenn sie widersteht, so ist es eine Unmöglichkeit zu regieren, denn alsdann wird die Linke die Auflösung ebenfalls verlangen und es wird keine Majorität mehr geben. Zwischen heute und einem Monate werden alle die Fragen entschieden sein. Peinliche Erwartung, aber man darf sich nicht zu sehr beunruhigen! Die Nation ist und bleibt Herrin ihres Schicksals. Sie muß sich zugleich fest, politisch und klug zeigen. Sie weiß, was sie will, Sie möge es sagen. Es ist ihr Recht und ihre Pflicht. Wenn ihre greise Stimme sich vernehmen läßt, so sind alle Willen gezwungen, sich zu beugen.

Nußland.

E. St. Petersburg, 19. Decbr. [Vom Hofe.] — Zur Presse.] Seit den letzten vierzehn Tagen haben alle Glieder der kaiserlichen Familie wieder ihre Residenz in der Hauptstadt genommen, und die Saison ist mit dem Georgenfest eröffnet worden. Am 3. d. M. hat der Kaiser mit den Großfürsten Wladimir, Sergej und Paul Alexandrowitsch seinen Aufenthalt von Zarstof-Selo nach dem Winterpalais verlegt, ebenso Tags darauf der Großfürst Thronfolger mit der Großfürstin Cesarewna und seinen Kindern den seinigen nach dem Altstof-Palast. Am 5. kehrte die Kaiserin mit der Großfürstin Maria Alexandrowna nach langer Abwesenheit aus der Krim in die mit Fahnen festlich geschmückte Hauptstadt zurück. Das Aussehen der Kaiserin ist ein sehr gutes und bestätigt die erfreulichen Nachrichten, welche über die Besserung ihres Gesundheitszustandes im Süden bereits eingegangen waren. Nur der dritte Sohn des Kaisers, der Großfürst Alexei, ist noch immer auf seiner Reise um die Erde abwesend; nach den letzten Meldungen war das Geschwader desselben in die Bucht von Jeddah eingelaufen. Am 6. traf der Prinz Karl von Preußen mit seinem Gefolge hier selbst ein. In demselben befanden sich der Hofmarschall Graf Dönhoff, der Oberst v. Boehn, der Kammerherr Graf Dönhoff und die Adjutanten Majors Graf Seyssel d'Alx und v. Prittwitz. Am 8. um 12½ Uhr verfaßmeli sich zum Fest des Ordens des heil. Märtyrs und Siegbringers Georg im Paradeanzuge zum Gottesdienst im Winterpalais alle in der Stadt anwesenden Ritter des Militärordens, die Fahnen goldener Waffen, die Hof- und die andern Cavaliere, welche Zutritt bei Hofe haben, und die Generale, Stabs- und Oberoffiziere der Garde, Armee und Flotte. Um 1½ Uhr begab sich der Zug in feierlicher Ordnung zu dem Gebele nach dem Georgensaal. Dasselbe wurde von dem Metropoliten von Petersburg, Ippolit, gecelebriert. Bei der Parade war das gesammte russische Heer vertreten. Darauf war Mittagstisch für die Unteroffiziere und Gemeinen, welche mit dem Militär-Budenstorden dekorirt sind, und um 6 Uhr im Nikolai-Saal für die Ritter des Georgenordens und die Fahnen goldener Waffen Hof-Mittagsstafel, zu welcher auch das Gefolge des Prinzen Karl eingeladen war. Kaiser Alexander brachte den Trinkspruch aus auf die Ritter des Ordens, in Sonderheit auf den Kaiser Wilhelm I. von Deutschland. Prinz Karl antwortete. Überhaupt hat der Aufenthalt des Prinzen in der russischen Hauptstadt ihm und seinem Gefolge ununterbrochene Gelegenheit geboten, sich auf's Neue von den freundlichen Gesinnungen zu überzeugen, welche am heutigen Hofe für Preußen und Deutschland herrschen. Eine der mannigfachen Ausdrucksformen derselben ist auch die Ernennung des Prinzen zum Chef der 1. Grenadier-Artilleriebrigade, welche hinfert den Namen „erste Grenadier-Artilleriebrigade S. A. R. des Prinzen Karl von Preußen“ führen wird. Der Prinz hat seine Unwesenheit auch dazu benutzt, die wichtigsten militärischen, wissenschaftlichen und sozialen Institute in Augenhöhe zu nehmen. Das Gefolge ist u. a. auch der Einladung nach Moskau zur feierlichen Eröffnung des polytechnischen Museums durch den Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch gefolgt, welches als ein bleibendes Denkmal der Moskauer Ausstellung von diesem Sommer zur Förderung der Volksbildung gegründet worden ist. — Das längst mit Sehnsucht erwartete neue Preßgesetz ist noch immer nicht erschienen, und so sehen wir denn die Organe der Presse fortgezogen in der alten Weise durch die Administration bestraft. Vor acht Tagen hat der „Golos“, heute die „Nordische Presse“ nach der Amnestie vom 30. Mai die erste Verwarnung erhalten. Der Umstand, daß gerade diese beiden Blätter fast gleichzeitig betroffen worden sind, legt die Vermuthung nahe, als habe die scharfe Polemik derselben über das Dorpatser Studentenfest und, im Anschluß daran, über die Stellung und Stimmung der Ostseeprovinzen die Veranlassung gegeben. Dennoch nimmt der Text der Verwarnungen auf Artikel dieser Periode nicht Bezug, sachlich aber sind die Beweggründe derselben. In der Verwarnung steht die Organe der Presse fortgezogen in der alten Weise durch die Administration bestraft. Vor acht Tagen hat der „Golos“, also vor über drei Monaten erschienenen Artikel „Aus Revol“, der übrigens nur ein Beispiel der zahlreichen gehässigen Anfeindungen der Ostseeprovinzen seitens des Blattes ist, heißt es: In diesem Artikel „wird in den schwäbischsten und unstatthaftesten Ausdrücken und in entstelltster Weise die Lage, in welche einige Klassen der Bevölkerung in den baltischen Gouvernementen zur Regierung verlegt sein sollen, dargelegt und hierdurch das öffentliche Missbrauch gegen die Regierung in einer Frage, die schon mehrmals mit äußerster Schröffheit im „Golos“ besprochen worden, erweckt.“ Lehnlich lautet die Begründung der Verwarnung der „Nord. Presse“ unter Bezugnahme auf einen neulichen Artikel über „die Lage der Presse in den baltischen Provinzen.“ Derselbe erklärt einleitend mit großer Vorsicht, der Verfasser habe nicht die Absicht, „über die ausnahmsweise Behandlung der baltischen Presse durch die Regierung zu klagen“, weil der Regierung das Recht, nach eigenen Ansichten und eigenen Prinzipien zu regieren, anerkannt werden müsse. Ueber „die ausübende Praxis, wie sie fern vom seitenden und regelnden Mittelpunkte in der Provinz faktisch zu Tage tritt“, wird jedoch dann gesagt: „Wenn hier bei der praktischen Anwendung, wenn auch noch so strenger, jedenfalls doch nicht prinzipienloser Regierungsvorschriften alles Prinzipielle sich verwischt und nur die von kleinlicher Furcht, nicht zu wenig zu thun, und von einem alle Sicherheit raubenden Unverständnis geleitete Laune ausschließlich herrscht und ihnen immerhin als Regierungsaufsetzungen erscheinende Schwankungen, Sprünge und Windungen den Stempel des lächerlichen unverwüstlich ausdrückt, dann scheint es uns Pflicht der freieren Presse der Ressidenz, ihre Stimme zu erheben, und dies nicht bloß zum Schutz ihrer geplagten Collegen, sondern im Interesse der Regierung selbst.“ Das geschilderte Urtheil wird darauf durch eine längere Reihe von Befreiungen erhärtet. Der Schluz heißt: „Wie klagen nur über die augenscheinlich von Subalternbeamten, welche unsere Staatsverwaltung vor den Augen ganz Europas compromittieren. Von der bitteren Empfindung, welche die Bewohner der gebildeten Provinzen unseres Reiches in Folge solcher Quälereien beherrschen muß, sich eine Vorstellung zu machen, überlassen wir unsern Lesern selbst.“ So wird denn durch die beiderseitigen Verwarnungen der Streit der genannten Blätter vorläufig in einem Waffenstillstand gedrangt sein.

America.

Newyork, 7. December. [Zur Präsidenten-Botschaft.] Die Zeitungen von vorstehendem Datum bringen den vollständigen Text der Botschaft des Präsidenten mit den Specialberichten der einzelnen Departamente. Das Wesentliche aus der Botschaft ist bereits mitgetheilt, doch wollen wir in Nachfolgendem noch das Resümee mit den es begleitenden kurzen kritischen Bemerkungen mittheilen, welches die „New. Handelsztg.“ davon gibt:

Unsere Beziehungen zum Auslande nehmen selbstverständlich den ersten Rang ein. Vor Allem wird des Washingtoner Vertrages Erwähnung gehabt und mit Befriedigung ausgedehnt, daß durch die vom Genfer Schiedsgericht uns zugesprochene Entschädigung von 15,500,000 Dollars ein langwieriger Streit zwischen den Vereinigten Staaten und England seinen allgemeinen und friedlichen Abschluß gefunden. Herr Grant lobt alle bei der Konferenz Beteiligten für ihren Eifer und tactvolles Benehmen, erwähnt jedoch nicht, welchen Schuld es war, daß durch die anfängliche Geltzeitmachung der indirekten Ansprüche seitens der Vereinigten Staaten der ganze Vertrag beinahe in die Brüche gegangen wäre. Durch die in doppelter Beziehung billige Entscheidung Kaiser Wilhelms zu unseren Gunsten in der San Juan Frage ist auch der letzte Vorwand, welcher zu Missbilligkeiten mit England Anlaß geben könnte, entschwunden, und die Vereinigten Staaten befinden sich zum ersten Male seit ihrer Existenz England gegenüber in der Lage, gen in definitive, keinem Streite unterworfen Grenzen zu besitzen. Mit Frankreich, Rußland und Deutschland, mit dessen Regierung und Volk wir so viele Ursachen der Freundschaft und gemeinsame Sympathien haben, befinden wir uns auf dem besten Fuße. Betreffs Mexicos zollt der Präsident dem verstorbenen Juarez warme Worte der Anerkennung. Bei dessen Nachfolger liegt er die besten Erwartungen und hofft, daß die mexicanische Commission, welche die Depredationen ihrer Landesknekte an unserer Grenze zu untersuchen hat, zu einem resultärfesten Resultat kommen wird. Wie wir vor kurzem ausgesprochen, handelt es sich weniger darum, ein Resultat auf dem Papier zu erzielen, als den unseren Bürgern zugefügten Schaden erledigt zu erhalten, und von Mexico ist Alles leicht heraußzubekommen als Geld. Ueber Cuba lauten die Auslösungen sehr diplomatisch. Obgleich die Insurrection während des letzten Jahres keine Vortheile errungen, hat doch Spanien in der Pacification der „ewig getreuen“ Insel keine Fortschritte gemacht und beide Parteien nehmen dieselbe Stellung ein, welche sie seit langer Zeit inne hatten. Könnte sich die Regierung zur Emancipation der Sklaven und anderen liberalen Maßregeln verstehen, so wäre damit, nach der Meinung des Präsidenten, ein großer Schritt zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse gehabt. Wie in der früheren Botschaft, wird auch diesmal die Einbringung eines Geistes anempfohlen, welches amerikanischen Bürgern verbietet, in Cuba und Portorico Sklaven zu halten. Man sieht, daß es der Präsident ängstlich vermeidet, sich nach irgend einer Richtung hin zu engagieren. Während er den gefährlichen Berichten der spanischen Regierung, daß die Fajurrektion zu Ende sei, ein officielles Dementi giebt, erklärt er andererseits, daß die Insurrection heute nicht mehr Aussicht auf schliechlichen Erfolg habe, als vor einem Jahre, mit anderen Worten, so lange sie sich nicht bedeutend kräftiger zeigt, als bisher, ist an eine Erneuerung des Vereinigten Staates nicht zu denken, während den Spaniern zu verstehen gegeben wird, Cuba läge so dicht vor unserer Thür, daß es uns nicht gleichgültig sein könne, was dort passir. Mit Brasilien und den central- und südamerikanischen Republicen befinden wir uns im tiefsten Frieden, nur Venezuela hat sich noch nicht dazu verstehen wollen, die von amerikanischen Bürgern während einer der dort permanenten Revolutionen erlittenen Verluste, für welche ihnen im Jahre 1866 eine Entschädigungssumme zuerkannt wurde, zu erkennen. Mit Japan blieben unsere Beziehungen unverändert. Eine im Laufe dieses Jahres hier anwesende Gesandtschaft möchte zurückkehren, ohne eine neue Convention abschließen zu können, weil ihr die hierzu notige Vollmacht fehlt. Da es kaum anzunehmen ist, daß Japan eine Reise von vielen tausend Meilen machen und die Hauptstadt aus Vergeßlichkeit zu Hause liegen lassen, so ist es wahrscheinlicher, daß die dortige Regierung den Abbruch einer neuen Convention nie ernstlich beabsichtigt hat. Die Briefer Weltansetzung berührend, erinnert der Präsident den Congress, daß dieser Körper zwar Commissäre ernannt, es aber übersehen hat, irgend welche Bedienvollmungen für diesen Zweck zu machen. In Bezug auf die Befreiung der amerikanischen Fabrikanten und Gründer bittet er diesen Gedächtnissfehler in liberaler Weise gut zu machen, und empfiehlt seinerseits, außer der Geldbewilligung zwei Fahrzeuge der Marine zu dem Zwecke auszurüsten, Ausstellungs-Artikel frei bis Triest und nach hier zurück zu transportieren.

Auf die Finanzen übergehend, wird vor Allem die Verminderung der öffentlichen Schuld um ca. 360 Millionen während seines bisherigen Amtsreichs gehabt herausgestrichen. Für das nächste Fiscaljahr wird eine Reduction der für Erhebung der Bundes-Steuern notwendigen Ausgaben in Aussicht gestellt, eine Herabsetzung der Steuern selbst aber ist unzulässig erklärt und empfohlen, an den bestehenden Gesetzen in dieser Hinsicht vorläufig nichts zu ändern. Die Aufrechterhaltung des National-Credits wird selbstverständlich von höchster Wichtigkeit erklärt und nächstdem in milder Weise darauf hingedeutet, daß an die Herstellung eines nationalen Circulationsmittels gedacht werden müsse, welches einen eben so stabilen Wert wie das Gold habe. In dieser sehr umschreibenden Form ist die einzige Unbedeutung zu einer Rückkehr zur Barzahlung, zu welcher die Regierung des Präsidenten sehr platonischer Natur zu sein scheint, enthalten. In Bezug auf das Heer beschreibt sich der Präsident auf die Angabe, daß die Stärke desselben auf 26,500 Mann belaute, eine Thatsache, um welche uns manches europäische Land beneiden dürfte, und empfiehlt einige auf den formellen Dienst bezügliche Abänderungen. Die nur folgenden Vorschläge bilden den schwäbischen Theil der Botschaft und wird dir Congress demselben, wie praktisch sie auch sonst sein mögen, hoffentlich keine Folge geben. Um den sich mit jedem Jahre vermehrenden Produkten des Südens und Westens einen billigeren Transportweg nach der Küste des Atlantischen Oceans zu schaffen, schlägt der Präsident vor, das Mississippi durch eine Wasserstraße vermittelst der Ohio- und Tennessee-Flüsse und durch Kanäle mit dem Ocean zu verbinden. Er empfiehlt ferner die Ausdehnung des James-River-Kanals bis zum Ohio und den weiteren Ausbau des Chesapeake- und Ohio-Kanals und geht in seinem Enthusiasmus so weit, nebst anderen Kanalprojekten die Herstellung eines ununterbrochenen Schiffscanal von Maine bis zum Golf von Mexico anzunehmen. Ein solcher Weg längs unserer Küste würde nicht nur in Friedenszeiten, sondern häufig im Falle eines Krieges mit dem Auslande von unschätzbarem Werthe sein. Selbstverständlich könnten diese Pläne nur durch Regierungsmittel ausgeführt werden. Die Annahme dieser Vorschläge würde der Corruption das reichste Feld bieten, und Millionen über Millionen würden in die Taschen der Jobbers wandern. Für den unwahrscheinlichen Fall eines auswärtigen Krieges hunderte von Millionen zu verbrauchen, haben wir nicht nötig, und stellt sich das commerciale Bedürfniß für dergleichen Kanale heraus, so wird sich das Private-Capital dafür finden. Ueber unsere Marine bemerkte der Präsident mit Recht, daß wenn nicht bald etwas zu deren Hebung geschieht, die Vereinigten Staaten bald die schwächste Nation unter allen Großmächten auf dem Ocean sein werden. Auf das Post-Departement übergehend, empfiehlt er mit vieler Wärme die Subvention des drei amerikanischen Dampf-Postlinien, der Pacific Mail, der United States und Brazil und der California, New-Zealand und Australian Linien, zu vermehren, und wenn möglich, die auf diese Weise den einheimischen Schiffahrts-Interessen zugewendete Unterstützung während der nächsten fünf Jahre auf 5 Millionen Dollars p. a. zu erhöhen ein Vorschlag, dessen Ausführung wenigen Interessen zu Gute kommen würde, ohne der ganzen Nation entsprechende Vortheile zu verschaffen. Wohlgefällig ist die Wiederholung des Antrages, das Frankfurts-Pridelgium abzuschaffen, oder, da der Congress einer Aufhebung derselben nicht günstig gestimmt zu sein scheint, die Einziehung einer Commission, um wenigstens den schrecklichen Missbräuchen abzuheben. Auch erachtet er den Congress, sich damit zu beschäftigen, auf welche Weise man am besten die Telegraphen-Linien und ihren Betrieb in die Hände der Regierung bringen könnte, und ob es nicht praktisch sei, wie in England, auch hier Post-Sparbanken einzurichten. Zu einer General-Amnestie sämmtlicher Ku-Klux-Gefangenen kann sich der Präsident nicht verstellen; wenn er auch in einigen individuellen Fällen geneigt ist, Gnade für Recht ergehen zu lassen, so wird er doch fortfahren, wo immer nötig, die ganze Strenge des Gesetzes in Anwendung zu bringen. Jedenfalls hat der Präsident zu einem solchen Verfahren gewichtige Gründe, und der sehr kleine unverhinderliche Theil des Südens, welcher sich noch immer nicht in die Situation finden kann, hat es sich zuzuschreiben, wenn seinetwegen noch weitere Ausnahmegesetze erlassen müssen. Die Indianer gegenüber seit seinem Amtsantritt be

erreicht, welche im Stande wäre eine neue, immerhin in's Auge zu fassende Krise, genügend zu paralyziren, wie dann überhaupt die Klärung der Börsen, als eine vollkommen nicht betrachtet werden darf.

Unter den von angebenden Speulationspapieren waren Creditactien durch Courschwankungen besonders ausgezeichnet. Dieselben mussten von 358, ihrem vorwöchentlichen Course, bis 345½ herab, erholt sich dann bis 354½ und schließen 352. — Österreichische Nationalbankactien von 1026 auf 1008 rückgängig, bleiben 1022. Darmstädter fielen von 530 bis 518 und schließen 530. Meininger von 158 auf 145½ weichend, sind 159½.

Unter den jüngeren Bankactien, erholt sich Frankfurter Bantbörse von ihrem in dieser Woche niedrigsten Coursestande von 155½ wieder bis 162, Österreichisch-sächsische von 120% bis auf 125%, Deutsche Vereinsbank von 138 bis 138, Deutsche Renten- und Wechselbank von 125 bis 130, Frankfurter Wechselbank von 106 bis 107%, Potsdamer Bank von 99% bis 105%.

Bei den Eisenbahnen wurden Staatsbahnuantien und Lombarden von dem Coursrückgang am Meisten berührt. Erstere verkehrten von 353 bis 346 weichend, fielen am Schluss 352½, legtere, nachdem sie ihren Preis von 204 auf 191 herabgesetzt, 199½. — Galizier bleiben 242½ gegen 245, Franz. Joseph 231 gegen 233½, Elisabeth 262 gegen 264%, Bustiebäder Lit. 226% gegen 231%, Böhmisches Westbahn 250 gegen 252%, Alföld Siumaner 192% gegen 185, Ungarisch-Galizische 165 gegen 166½, Oesterl. Nordwest 227 gegen 228, Batrierle Östbahn 130 gegen 132%.

Eisenbahnprioritäten, bei beschränkten Umsätzen in den Coursen wurden wenig gegen früher verändert. Niedriger blieben 5% Elisabeth bei 81, Raffeln - Oderberger sind bei 82%, 1% niedriger. Alte Nordwest bei 90%, 1%, Lit. B. bei 83%, 1%, Siebenbürger bei 79, 1% %, Ungarisch-Galizische bei 77%, 1%, Boralberger bei 88%, 1%.

Von Fonds waren Österreichische Renten beliebt. S. Rente 64%, Papier-Rente 65%, Spanier 27%, Amerikaner der verschiedenen Gattungen um ein Geringes niedriger, wie früher.

Loospapiere in mäßigem Verkehr. Köln-Mindener 93 gegen 94, Darmstädter 50%L-Loose 206½ gegen 206, Nassauer 47½ gegen 47, 1860er 93½ gegen 94%.

Von Devisen ist Amsterdam in I. Sicht 98, kur, Wien 106%, lang Wien 106%, Paris 92%, London 118.

Sorten teilweise niedriger. Napoleon 9, 20, Sovereigns 11, 15, Friedrichsd'ors 9, 58, Imperiales 9, 44.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolfs Teleg.-Bureau.)

Paris, 23. December, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course] 3 proc. Rente 53, 25. Anleihe de 1872 86, 85. Anleihe de 1871 84, 52% Italienische 5 proc. Rente 67, 95, do. Tabats-Actien 867, 50. Franzosen (gestört) 772, 50. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Actien — do. neue — Oesterl. Nordwestbahn 500, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 430, 00, do. Prioritäten 257, 00. Türken de 1865 55, 50. do. de 1869 326, 00. Türkei-Loose 182, 50. Neueste türkische Loose — 3 proc. Ver. St. dr. 1882 (angest.) — Goldagio — Franz.-österl.-ungar. Bant 535, — Ruhig.

London, 23. December, Nachmittags 4 Uhr. Consols 91½%. Spanier — Italien. 5 proc. Rente 66%. Lombarden 17. Mexikaner — 5 proc. Russen de 1862 91%. 5 proc. Russen de 1864 96%. Silber 59½%. Nordl. Schatzscheine — Französische Anleihe Morgan — Türkei Anleihe de 1865 54%, — 5 proc. Türk. Anleihe de 1869 64%. Span. Verein. St. dr. 1882 91%. Platzdiscont — Ruhig.

Aus der Bant stossen heute 22,000 Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 23. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Berliner Wechsel 105. Hamb. Wechsel 86%. Lond. Wechsel 118. Barter Wechsel 92%. Wiener Wechsel 106%. Franzosen alte* 352½%. do. neue — Hessische Ludwigsbahn 179. Böhmisches Westbahn 249%. Lombarden* 198%. Galizier* 241%. Elisabethbahn — Nordwestbahn 223%. Elbthal 193. Gottharbahn — Oberhessen 74½. Albrechtsbahn-Act. — do. Prioritäten 84%. Oregon — Creditactien* 352. Bahr. Brämen-Anleihe 111%. do. Mil.-Anleihe 100%. Neue Babijsche 102%. 1872er russisch-engl. Anleihe volles 88% do. nicht volles. — Stuf. Bohnered. — Neue Russen 89. Türken 51%. Silberrente 64%. Bariertenre 60%. Minden-Loose 93. 1860er Loose 93%. 1864er Loose 160. Ungarische Anl. 76%. do. Loose 108%. Nach-Grazer Loose 81%. Südäder 83. Bundes-Anleihe 100%. Amerikaner de 1862 95%. Darmstädter Bantactien — Meininger Bant 158%. do. neue 151. Schäfer-Gewerbebank 140%. Süddeutsche Bodencredbil. 107. Deutsch-österreichische Banl 124%. Ital.-deutsche Bant — Franco-holl. Bant — Franz.-ital. Bant — Central-Pfandbr. 96%. Prov.-Disc.-Gesellschaft 172. Brüsseler Bant 115. Berl. Bantverein 158%. Leipzig Vereinsbank — Frankfurter Bantverein 159%. do. Wechslerb. 106%. Centralbank — Antwerpener Bant 111%. Englische Wechslerb. 51%. Baltischport 86%. Newyork 5 proc. Auf. 94. South Eastern 68%. Kent.-Gibson 110%. Sahn Efectenbank 129%. Wiener Unionbank — Frankfurter Bant 104%. Oesterl. Nationalbank 1026. Dresdener Bant 106%. franco-ungar. Bant — Rößsl-Wüssma Eisenbahn — Stil. — Nach Schluß der Börse: Creditactien 353%, Franzosen 353%, Lombarden 199%, Oesterl. Nationalbank — Silberrente 64%.

* pr. medio resp. pr. ultimo.

Frankfurt a. M., 23. December, Abends. [Effecten-Societät] Amerikaner 95%, Creditactien 852%. 1860er Loose 93%. Franzosen 353. Lombarden 198%. Galizier — Silberrente 64%. Oesterl. Bantactien 1024. Hapn'sche Effectenbank 129. Deutsch-Oesterreich — Staatsbahn — Elisabethbahn — Darmstädter Bantactien — Continental 114. Erntattend.

Hamburg, 23. December, Nachm. [Schluß-Course] Preuß. Thaler — Hamburger Staats-Prämiens-Anleihe 98. Silberrente 64%. Oesterl. Credit-Actien 307. Oesterl. 1860er Loose 95. Franzosen 762½%. Raab-Grazer Loose 88½%. Lombarden 430. Italienische Rente 65%. Vereinsbank 127%. Hapn'sche Effectenbank 130. Commerzbank 130%. Norddeutsche Bank 191%. Provinzial-Discerto-Gesellschaft 177. Anglo-deutsche Baul 134%. Dänische Landmannbank 102. Wiener Unionsbank 250. 1864er Russische Brämen-Anleihe 124. 1866er Russische Brämen-Anleihe 123. Amerikanische de 1882 92%. Disconto 5 pct. Nordwestbahn 482. Dortmundner Union 175%. Anglo-deutsche neue 118%. — Feister.

Hamburg, 23. Decbr. Nachm. [Getreidemarkt] Weizen loco preishaltend aber ruhig, auf Termine ruhig. Weizen fest, Roggen loco preishaltend aber ruhig, auf Termine ruhig. Weizen pr. Decbr. 126½. do. pr. 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 170 Br. 169½ Br. pr. December-Januar 126psd. pr. 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 167 Br. 166 Br. pr. April-May 126psd. pr. 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 164 Br. 163½ Br. Roggen pr. December 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 111 Br. 110% Br. pr. December-Januar 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 111 Br. 110 Br. pr. April-May 1000 Kilo netto in Mt. Bco. 111 Br. u. Gl. — Hafer preishaltend, aber ruhig, Gerste flau. Rübel fest, loco und pr. Mai 24%. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pct. pr. Decbr. pr. Decbr. Januar und pr. April-May 15%, vreibl. Thlr. — Hafer steigend, Umfang 4000 Sac. — Petroleum fest, Standard white loco 14% Br. 14% Br. pr. December 14% Br. pr. Januar-März 14½ Br. — Weiter: Starke Nebel.

Liverpool, 23. Decbr. Vormittags. [Baumwolle] (Ansangsbericht) Wuchtmäßiger Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 4,000 B., davon 1000 Ballen amerikanische, — Ballen ostindische.

Liverpool, 23. December, Vormittags 11 Uhr 30 Min. [Baumwolle] Muchmäßiger Umsatz 12,000 B. Gute Frage, Preise unverändert. Tagesimport 4940 Ballen, davon 790 Ballen amerikanische. Orleans November-Verschiffung 10%, Februar-März-Verschiffung 10, amerikanische aus irgend einem Hafen 9½%, November-Verschiffung 10 D. November-December-Verschiffung —

Liverpool, 24. October. [Baumwolle] (Mittagsbericht) Umsatz 12,000 Ballen, Speculation und Export 3000. Stetig.

Middl. Orleans 10%, middl. amerikanische 10%, fair Dhollerah 7%, middl. fair Dhollerah 6%, good middl. Dhollerah 6%, middling Dhollerah 5%, fair Bengal 5%, fair Broach — new fair Domra 7%, good fair Domra 8, fair Madras — fair Bernam 10%, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10%.

Köln, 23. December, Nachm. 1 Uhr. [Getreidemarkt] Weizen fest, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 7½, pr. März 8, 8, pr. Mai 8, 6½. Roggen unverändert, loco 5, 15, pr. März 5, 11, pr. Mai 5, 13%. Rübel matt, loco 12%, pr. Mai 12½, pr. October 12½, pr. Lendt fest, loco 13. — Weiter: klar.

Paris, 23. Decbr. Nachmittags. [Producentenmarkt] Rübel ruhig. pr. December 96, 50. pr. Januar-April 98, 50. pr. Mai-August 100, 00. Mehl ruhig, pr. December 74, 50. pr. Januar-April 72, 00. pr. März-April 71, 00. Spiritus pr. December 57, 00. — Weiter: schön.

London, 23. Decbr. Nachmittags. [Getreidemarkt] (Schlußbericht) Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen.

Antwerpen, 23. December, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt]

Schlußbericht). Weizen ruhig. Roggen behauptet, französischer 20. Hafer unverändert, inländischer 18. Gerste stetig.

Antwerpen, 23. December. [Petroleummarkt] (Schlußbericht) Staatspapiere Type weiß, loco und pr. December 53 bez. 53½ Br. pr. Januar, pr. Januar-März und pr. Februar 54 Br. — Steigend.

Amsterdam, 23. December, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] (Schlußbericht) Weizen geschäftslos. Roggen loco sehr ruhig, per Mai 204%. Raps pr. April 430, pr. Octbr. 432 fl. Rübel loco 44%, pr. Mai 41%. pr. Herbst 1873 45. — Weiter: schön.

Bremen, 23. Decbr. Petroleum ruhig, Standard white loco 21 Mt 50 Pf.

Lissabon, 23. December. Nach weiteren Berichten aus Rio de Janeiro (pr. Dampfer „Cordillera“) vom 3. d. M. war das Geschäft daselbst ruhig. Preise für Kaffee good first 8700 à 9200 Reis. Kaffee-Export im November 235,000 Sac. Kaffeeverläufe seit letzter Post 72,000, Vorrath an Kaffee 95,000 Sac.

Berliner Börse vom 23. December 1872.

Wechsel - Course.

	Amsterdam 250Fl.	K. S. 5	139½ bz.	Divid. pro	1870	1871	Zf.
do.	2 M. 5	138½ bz.			8½	8½	42 bz
Hamburg 300 Mk.	K. S. 3	148½ bz.			7½	4	130½ 41 bz
do.	2 M. 3	147½ bz.			16	12½	22 G.
London 1 Lst.	3 M. 5	6,20½ bz.			1	0	106 bz
Paris 300 Frs.	2 M. 5				10	10%	239½ bz
Wien 150 FL	8 T. 6	91 1/2 B. 5% G.			14	4	156 bz
do.	2 M. 6	90 1/2 B.			14	4	183½ et b.B.
Augsburg 100 FL	2 M. 4	56,14 G.			7½	8½	106½ bz
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 4½	93½ G.			7½	9½	128½ bz
do.	2 M. 5				5	5	113½ bz
Frankf. a. M. 100Fl.	2 M. 5				5	5	168½ bz
Petersburg 100SR.	3 M. 6½	89 1/2 bz.			10½	4	110½ bz
Warschau 90 SR.	8 T. 6	81 1/2 bz.			5	5	101½ bz
Bremen	8 T. 15				10	10	120 bz

Fonds und Geld-Courses.

	Nordl. Bundes-Bund.	Fr. Frei.	Staats-Anleihe	1870	1871	Zf.
do.	5	101½ G.			5	5
dito	1854/55	44½	101½ bz.			
dito	1856/57/59/64	44½	101½ bz.			
dito	1867/68	44½	101½ bz.			
do.	1850/52	44½	101½ bz.			
do.	1853/54	95½	bz.			
do.	1855/56	95½	bz.			
do.	1856/57	95½	bz.			
do.	1857/58	95½	bz.			
do.	1858/59	95½	bz.			
do.	1859/60	95½	bz.			
do.	1860/61	95½	bz.			
do.	1861/62	95½	bz.			
do.	1862/63	95½	bz.			
do.	1863/64	95½	bz.			
do.	1864/65	95½	bz.			
do.	1865/					